Digitale Mündigkeit im Beruf: Demokratiebildung zwischen KI-Kompetenz, betrieblicher Anpassung und kritischer Urteilsfähigkeit

Ann-Katrin Voit, Hochschule für Oekonomie und Management (FOM), Essen

Digitalisierung und generative künstliche Intelligenz verändern berufliche Arbeits- und Lernprozesse grundlegend. Auszubildende und Beschäftigte müssen zunehmend mit algorithmisch erzeugten Informationen, automatisierten Entscheidungen, digitalen Leistungsbewertungen und plattformbasierten Kommunikationsformen umgehen. Berufliche Bildung reagiert darauf bislang vor allem mit der Vermittlung technischer Anwendungs- und Anpassungskompetenzen. Weniger geklärt ist hingegen, welche demokratiebezogenen Fähigkeiten erforderlich sind, um digitale Arbeitswelten kritisch beurteilen und verantwortlich mitgestalten zu können.

Der geplante konzeptionelle Beitrag fragt, wie digitale Mündigkeit als Bestandteil demokratischer beruflicher Handlungskompetenz theoretisch gefasst und in beruflichen Lehr-Lern-Prozessen verankert werden kann. Ausgangspunkt ist das im Call benannte Spannungsverhältnis zwischen arbeitsmarktorientierter Qualifizierung und gesellschaftlichem Bildungsauftrag. Digitale berufliche Bildung darf demnach nicht auf die funktionale Bedienung technischer Systeme reduziert werden. Sie muss auch Urteilsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Partizipation und die Fähigkeit zum begründeten Widerspruch fördern.

Auf Basis von Ansätzen der Demokratiebildung, der beruflichen Handlungskompetenz und der kritischen Medienbildung wird ein Modell digitaler Mündigkeit mit vier Dimensionen entwickelt: epistemische Urteilsfähigkeit, Reflexion digitaler Machtverhältnisse, Partizipations- und Widerspruchsfähigkeit sowie verantwortliche digitale Gestaltung. Epistemische Urteilsfähigkeit bezeichnet die Fähigkeit, KI-generierte und digitale Informationen hinsichtlich Herkunft, Plausibilität und Unsicherheit zu bewerten. Die Reflexion digitaler Machtverhältnisse richtet sich auf algorithmische Auswahl-, Kontroll- und Bewertungsverfahren im Betrieb. Partizipations- und Widerspruchsfähigkeit umfasst die begründete Artikulation eigener und kollektiver Interessen. Verantwortliche Gestaltung bezeichnet schließlich die Fähigkeit, digitale Arbeitsprozesse unter Gesichtspunkten von Fairness, Transparenz, Datenschutz und gesellschaftlicher Verantwortung mitzugestalten.

Anhand exemplarischer beruflicher Handlungssituationen wie beispielsweise KI-gestützter Personalauswahl, algorithmischer Leistungskontrolle und des Umgangs mit Desinformation im Kundenkontakt – wird gezeigt, wie Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe in berufliche

Lernprozesse integriert werden kann. Der Beitrag schließt mit didaktischen Leitlinien für problemorientierte Fallarbeit, kontroverse Diskussionen und partizipative Gestaltungsaufgaben.